Einkaufszentrum in Bitburg: Kein "H&M" für die Bit-Galerie



Ampel auf Rot: An der Ecke Karenweg/Trierer Straße, wo seit fast zehn Jahren die Bit-Galerie geplant wird, informieren die Projektentwickler nun mit großen Plakaten: "Hier entsteht die Bit-Galerie – Baubeginn Anfang 2019". FOTO: Dagmar Schommer / TV

Bitburg. Eigentlich sollten die Abrissarbeiten längst laufen. Doch nun ist der Baubeginn für das Einkaufszentrum erst für Anfang 2019 geplant. Den Grünen reicht's. Sie fordern einen Schnitt. Von Dagmar Schommer

Kommt sie? Kommt sie nicht? Die Frage stellt man sich in Bitburg schon länger in Sachen Bit-Galerie. Einige hoffen, dass das Einkaufszentrum endlich gebaut wird, andere wären froh, wenn es sich ganz erledigt hätte.

Seit der ersten Präsentation der Idee für die Ecke Karenweg/Trierer Straße vor neun Jahren wird das Thema kontrovers diskutiert – unter Bürgern, Innenstadtkaufleuten und auch in der Kommunalpolitik. Viel ist seither passiert: Es wurde geplant, umgeplant, es gab etliche Gespräche mit potenziellen Mietern, die Fläche wurde vergrößert, verkleinert, und die Projektentwickler haben sich im Erwerb einzelner Grundstücke aufgerieben – nur gebaut wurde nichts. Und das wird auch zunächst so bleiben.

Dabei waren die Projektplaner von der Bit-Galerie GmbH & Co KG noch im Herbst 2017 davon überzeugt, dass diesen März mit dem Abriss begonnen wird (der TV berichtete). Der weitere Zeitplan damals: Nach knapp zwei Jahren Bauzeit sollte die Galerie 2020 eröffnen – mit Mietern wie Drogerie Müller, H&M, Markthalle, Fitness-Studio, großes Kino und mehr. Und nun?

"Baubeginn: Anfang 2019" steht auf den Plakaten, die seit Kurzem in den Schaufenstern der inzwischen leeren Ladenlokale an der Straßenecke hängen. Also wieder nix? Projektentwickler Stefan Kutscheid sagt: "Wir gehen nun einen Schritt nach dem

anderen." Und diese Schritte brauchen ihre Zeit. Mehr Zeit, als Verwaltung, Planer und Rat sich offenbar haben vorstellen können. Für die Grünen jedenfalls vergeht zu viel Zeit. Am Mittwochabend im Bauausschuss platzte deshalb Fraktionsmitglied Johannes Ross-Klein der Kragen.

Die Galerie stand dabei gar nicht mal auf der Tagesordnung der Sitzung. Aber die Plakate in den leerstehenden Läden hängen – und damit ist auch die Information über die Verzögerung des mehr als 20 Millionen Euro starken Großprojekts raus. "Ich muss mal was zu dieser Never-Ending-Story sagen", sagte Ross-Klein unter Tagesordnung "Verschiedenes". Er habe bei diesem Projekt inzwischen "richtig Bauchschmerzen". Auch, weil es immer wieder Gerüchte gebe, dass es weder mit einer H&M-Filiale, noch mit einem Kino klappen wird: "Für mich ist dieses ganze Projekt nichts als Bauernfängerei." Er plädierte dafür, dass der Rat "jetzt davon endgültig Abstand nimmt." Irgendwann sei auch mal Schluss.

Die Grünen waren – anders als CDU, FBL, Liste Streit und FDP – noch nie Befürworter des Einkaufszentrums (der TV berichtete). Auch die SPD gab sich zuletzt eher skeptisch. Doch eine Grundsatzdebatte entflammte im Bauausschuss nicht. Bürgermeister Joachim Kandels erklärte, dass die Projektplaner für einen Abriss eine sanierungsrechtliche Genehmigung bräuchten, die wiederum an einem Bebauungsplan hänge, der wiederum an einem Verkehrskonzept hänge. Und wer hat da seine Hausaufgaben nicht – oder zumindest nicht in der ursprünglich angedachten Zeit – gemacht?

Anruf bei Projektplaner Stefan Kutscheid. Ein Verkehrsgutachten habe er bereits vor zwei Jahren vorgelegt. Nur habe sich aus Sicht der Stadt seither was geändert. Und: "Ja, es stimmt: von H&M haben wir uns auf eigenen Wunsch verabschiedet. Die ändern ihr Vertriebskonzept, wollen nur noch kleinere Läden und mehr über das Internet verkaufen." Eine kleinere Fläche habe man dem Textilkonzern dann auch angeboten, aber bisher gebe es keine Zusage. Fest steht für ihn: "Wenn die sich nicht langfristig binden, ist uns das zu riskant, wir wollen da keine Flächen auf einmal leer stehen haben." Anders das Kino: "Die sind weiter fest an Bord. Derzeit plant ein Architekt die Aufteilung der Säle." Auch die Vermarktung der übrigen Flächen laufe: "Interessenten gibt es genug."

Und die Verzögerung? "Das Ganze ist sehr komplex", sagt Kutscheid. Ein nicht unerheblicher Teil der Komplexität rühre daher, dass die Stadt nicht nur den Verkehr für die Galerie, sondern dabei auch weitere mehr oder weniger konkrete größere Projekte in dem Gebiet bei der Verkehrsplanung berücksichtigen möchte. So will die Arend GmbH dort etwa ein Mehrfamilienhaus mit 35 Wohnungen bauen (der TV berichtete).

Ähnlich erklärt es auch Berthold Steffes, Leiter des städtischen Bauamts: "Wir müssen im Rahmen des Bebauungsplan-Verfahrens in punkto Verkehr den kompletten Bereich betrachten. Es kann nicht sein, dass angesichts weiterer möglicher Projekte der Verkehr in der Stadt kollabiert. Das wäre kurzsichtig." Deshalb habe die Stadt entschieden, ein weiteres Verkehrsgutachten in Auftrag zu geben, das nun im Entwurf vorliege. Dieser werde erst mal nichtöffentlich vorberaten und komme dann in einigen Wochen in die

Gremien. Es folgte das komplette übliche Plan-Verfahren mit Offenlage und der Anhörung von Behörden und Trägern öffentlicher Belange, die wie auch die Bürger selbst Kritik und Anregungen äußern können.

Mit den Abrissarbeiten könnte Kutscheid zwar auch schon vor Abschluss dieses Verfahrens beginnen. Aber er sagt: "Wenn wir abreißen, wollen wir auch anfangen zu bauen." Den Geschäftsleuten, die dort ihre Läden geräumt haben, habe er angeboten, diese kurzfristig wieder zu beziehen: "Aber das macht für die wegen Vorbestellung, Einkauf und mehr keinen Sinn." Nun bietet er die Flächen kostenlos für Eifeler Produzenten an, die testen wollen, ob ihre Produkte in Bitburg einen Markt haben – ob Kunst, Mode-Design, Schmuck oder Handwerk. Was die Verzögerung angeht, sagt Kutscheid: "Wir hätten gerne angefangen, aber wenn es nachher mit dem Verkehr ringsum nicht passt, haben wir auch nichts davon."

Was halten Sie von den Plänen für die Bit-Galerie? Schreiben Sie uns Ihre Meinung an eifel@volksfreund.de (Name und Wohnort nicht vergessen).



Baubeginn der Bit-Galerie Bitburg verzögert sich bis 2019. FOTO: Dagmar Schommer / TV